Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.

BBU-Statement zu Erst- und Wiedervermietungsmieten auf Online-Portalen

29.03.2023 Pressemeldung

Zur der am 29. März 2023 veröffentlichten GdW-Auswertung in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), in der die Erst- und Wiedervermietungsmieten der gängigen Online-Portale mit denen der GdW-Unternehmen verglichen wurden, sagt BBU-Vorständin Maren Kern: „BBU-Mitgliedsunternehmen bieten gutes und nach wie vor günstiges Wohnen: Was wir seit jeher festgestellt haben, ist jetzt auch durch eine Untersuchung des BBSR bestätigt worden. In Berlin und Potsdam liegen die Mieten der BBU-Mitgliedsunternehmen um mehr als ein Drittel unter den Mieten von Online-Immobilienportalen."

Sie fuhr fort: "Das heißt vor allem zweierlei. Erstens: Unsere Mitgliedsunternehmen stehen für gelebte soziale Verantwortung und günstiges Wohnen für breite Schichten der Bevölkerung. Und zweitens: Die über Immobilienportale ermittelten Portalmieten geben die Realität beim Wohnen nur sehr verzerrt wieder. Weil unsere Unternehmen vielfach kaum noch in den Portalen inserieren, werden ihre günstigen Mieten bei diesen Portalmieten kaum berücksichtigt. Sie stehen aber für rund die Hälfte aller Wohnungsangebote in Berlin und Potsdam.“

In Berlin hat das BBSR die Portalmieten mit 11,60 € ermittelt, während die BBU-Neuvermietungsmieten bei 7,69 € liegen (Differenz: 34 %).
Für Potsdam liegen die ermittelten Portalmieten bei 11,50 €, die BBU-Neuvertragsmieten bei 7,74 € (Differenz: 33 %).

Kern sagte weiter: „Die Unternehmen der sozialen Wohnungswirtschaft werden alles tun, um auch weiterhin günstige Mieten bieten zu können. Angesichts der aktuellen Explosion bei den Kosten für Bauen und Modernisieren wird das aber auch für sie immer schwieriger. Denn unter den derzeitigen Rahmenbedingungen können Investitionen in Neubau, Modernisierung und Instandhaltung nur noch um den Preis steigender Mieten oder zu Lasten der wirtschaftlichen Unternehmenssubstanz erfolgen. Die wichtigen und für den Erhalt des sozialen Friedens notwendigen Ziele beim Neubau bezahlbarer Wohnungen, der energetischen und demografischen Modernisierung und dem Klimaschutz drohen deshalb dauerhaft verfehlt zu werden. Darum muss jetzt vom Staat klar, entschieden und schnell gegengesteuert werden.“

Hierfür schlägt der BBU ein Konjunkturprogramm vor, wie sie die Bundesregierung in Reaktion auf die Finanzkrisen 2008 und 2009 mit den Konjunkturpaketen I und II sowie 2020/2021 zur Abmilderung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie auf den Weg gebracht hatte. Als erfolgreiche Antworten auf die schweren Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Verwerfungen gelang es jeweils, die Rezession in Deutschland deutlich abzudämpfen sowie Beschäftigung und Fachwissen zu sichern. „Einen solchen Ansatz brauchen wir auch jetzt wieder“, forderte Kern. „Eine Konjunkturoffensive Zukunft Wohnen könnte die notwendigen Anstrengungen zur Verbesserung der Neubau- und Modernisierungsrahmenbedingungen und zur Dämpfung der Baukosten bündeln und ihnen so Durchschlagskraft verleihen.“